

Amt Carbäk

Moorweg 5
18184 Broderstorf



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: BV//090/2021 Status: öffentlich Az. (intern): angelegt am: 05.07.2021 Wiedervorlage:
Beauftragung von Beratungsleistungen zu § 2 b Umsatzsteuer	
Hauptamt	TOP: _____
Beratungsfolge: N 03.08.2021 Haupt- und Finanzausschuss Ö 26.08.2021 Amtsausschuss	
Beratungsergebnis des Ausschusses: <input type="checkbox"/> der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag zu <input type="checkbox"/> der Ausschuss lehnt den Beschlussvorschlag ab	

Sachverhalt/Problemstellung:

Mit dem Steueränderungsgesetz von 2015 ist die Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts reformiert worden. Für die öffentliche Hand haben sich seit dem 01.01.2017 durch die Neuregelungen des Umsatzsteuergesetzes (UStG) große Veränderungen ergeben.

Mit dem neuen § 2b UStG kann die öffentliche Hand nun auch im öffentlich-rechtlichen Bereich einer Umsatzbesteuerung unterliegen. Alle Gemeinden und das Amt haben von der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG Gebrauch gemacht. Sie müssen nun die neuen Besteuerungsgrundlagen spätestens ab dem 01.01.2023 anwenden. Um der gesetzlichen Verpflichtung spätestens im Jahr 2023 nachzukommen, wird Unterstützung durch externe Beratungsleistungen benötigt.

Dies soll durch die (externe) Prüfung mit Bestandaufnahme aller dem § 2b UStG zuzurechnenden Leistungen erfolgen. Die daraus resultierenden Schritte zur Anpassung der Verwaltungsprozesse an die neuen steuerrechtlichen Bestimmungen sollen mit Hilfe von externen Beratungsleistungen umgesetzt werden.

Für das Amt Carbäk und die Gemeinden Broderstorf, Roggentin, Poppendorf und Thulendorf wurde ein Vergabeverfahren für Prüfungs- und Beratungsleistungen zum § 2b (UStG) durchgeführt.

Es wurden 6 Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. 2 Unternehmen haben keine Angebote abgegeben. Nachfolgend eine Übersicht der 4 erhaltenen Angebote:

Bieter	Prüfung	Beratung	gesamt
Concunia GmbH, Scharnhorststr. 2, 48151 Münster	15.000,00	10.000,00	29.750,00
Rödl GmbH RAG StBG, Äuß Sulzbacher Str. 100, 90491 Nürnberg	12.000,00	4.000,00	19.040,00

Institut für Prozessoptimierung und Informationstechnologien GmbH,
Boxhagener Str. 119,
10245 Berlin

8.075,00 4.275,00 14.696,50

OptiSo Unternehmensberatung, Schubert & Partner PartG,
Mettlacher Str. 29,
38116 Braunschweig

2.500,00 9.000,00 13.685,00

Das wirtschaftlichste Angebot hat somit die Firma OptiSo Unternehmensberatung abgegeben. Dem Unternehmen ist die Finanzsoftware H&H proDoppik bekannt und es hat Referenzen mit Gemeinden / Ämtern in derselben Größenordnung vorgelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss des Amtes Carbak beschließt in seiner Sitzung am 26.08.2021 den Auftrag bezüglich der Prüfungs- und Beratungsleistungen zu § 2 b Umsatzsteuergesetz in Höhe von

_____ Euro

an die Firma

zu vergeben und einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Die Amtsvorsteherin wird ermächtigt, den Vertrag mit dem oben genannten Unternehmen zu unterzeichnen.

Die Ausführungen unter „Finanzielle Auswirkungen“ sind Bestandteil des Beschlusses.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Ausgabe ist über das Produktkonto 61100.5629000 (Inanspruchnahme von Rechten und Diensten) im Teilhaushalt 3 zu buchen. Die Refinanzierung erfolgt über das Konto 61100.4424300 (Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbände) im Teilhaushalt 3 für die anteilige Erstattung der Leistungserbringung der Gemeinden und für das Amt über das Produktkonto 61100.4162000 (Amtsumlage).

Auswirkungen auf Liegenschaftsangelegenheiten:

keine

Anlagen:

keine

Abstimmungsergebnis:

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

___ Stimmenthaltung(en)

Sichtvermerk

i.A. _____
Sachbearbeitung

i.A. _____
Amtsleiter

i.A. _____
Kenntnisnahme durch **Haushalt und Finanzen**

i.A. _____

Kenntnisnahme durch **Liegenschaftsamt**

Hinweis: Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist Bestandteil der Beschlussfassung.

Leistungsbeschreibung

Prüfungs- und Beratungsleistungen zu § 2 b Umsatzsteuergesetz für das Amt Carbäk und den amts-anhängigen Gemeinden Broderstorf, Poppendorf, Roggentin und Thulendorf (2021 – 18– H&F)

1. Gegenstand der Ausschreibung

Das Amt Carbäk mit den Gemeinden Broderstorf, Roggentin, Poppendorf und Thulendorf mit Sitz in 18184 Broderstorf und mit einer Einwohnerzahl von ca. 8.000 Einwohnern beabsichtigt die Vergabe von Prüfungs- und Beratungsleistungen zum § 2b Umsatzsteuergesetzes (UStG).

Diese sind aufgrund der Tatsache erforderlich, dass mit dem Steueränderungsgesetz 2015 die Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts reformiert worden ist und sich für die öffentliche Hand seit dem 01.01.2017 durch die Neuregelungen des Umsatzsteuergesetzes (UStG) große Veränderungen ergeben haben.

Mit dem neuen § 2b UStG kann die öffentliche Hand nun auch im öffentlich-rechtlichen Bereich einer Umsatzbesteuerung unterliegen. Alle Gemeinden und das Amt haben von der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG Gebrauch gemacht.

Sie müssen die neuen Besteuerungsgrundlagen spätestens ab dem 01.01.2023 anwenden. Um der gesetzlichen Verpflichtung spätestens im Jahr 2023 nachzukommen, wird Unterstützung durch externe Beratungsleistungen benötigt.

Die Prüfung umfasst die Bestandsaufnahme aller dem § 2b UStG zuzurechnenden Leistungen. Die daraus resultierenden Schritte zur Anpassung der Verwaltungsprozesse an die neuen steuerrechtlichen Bestimmungen sollen im Rahmen von Beratungsleistungen erbracht werden.

Es ist beabsichtigt, einen Vertrag für einen derzeit nicht ersichtlichen Umfang an Prüfungs- und Beratungsleistungen für vorerst 1 Jahr abzuschließen, dem ein Pauschalpreis zugrunde liegt.

2. Allgemeine Erläuterungen

Die Ausschreibung erfolgt gem. § 8 Abs. 4 und § 12 UVgO in Verbindung mit Punkt II, Nr. 2.2.2 und 1.1 Vergabeerlass Mecklenburg-Vorpommern im Wege der Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb. Der Auftraggeber behält sich gemäß § 12 Absatz 4 Satz 1 UVgO vor, den Zuschlag, auch ohne zuvor verhandelt zu haben, unter Beachtung der Grundsätze nach § 2 Absatz 1 und 2 UVgO auf ein Angebot zu erteilen.

Das Angebot und der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen. Dieses gilt ebenso für Bescheinigungen, Prüfzeugnisse und sonstige einzureichende Unterlagen.

Soweit Erklärungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, sind diese auf einem als Anlage zum Angebot gekennzeichneten Blatt mit Angabe der betreffenden Positionsnummer aufzuführen und dem Angebot beizulegen. Auf technisch und funktionell sinnvolle Ausstattungen, die über die Forderungen des Leistungsverzeichnisses hinausgehen, ist ebenfalls auf einer dem Angebot beigelegten gesonderten Anlage hinzuweisen.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und müssen zum Ausschluss des Angebots gem. § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO führen. Etwaige Rabatte und Nachlässe, die im Angebotsschreiben nicht vermerkt sind können bei der weiteren Wertung nicht berücksichtigt werden.

3. Losaufteilung

Es erfolgt keine Aufteilung in Lose. Der Auftrag wird als Gesamtauftrag vergeben.

4. Hauptangebot und Nebenangebot

4.1 Hauptangebot

Als Hauptangebot ist ein Gesamtangebot über einen Pauschalpreis für Prüfungs- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit § 2 b Umsatzsteuergesetz abzugeben.

Dem Leistungsverzeichnis können die Anforderungen zur Preisabgabe entnommen werden.

4.2 Nebenangebot

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

5. Wertung und Zuschlag

5.1 Wertung

Die Wertung der Angebote erfolgt unter Berücksichtigung des Zuschlagskriteriums Preis.

5.2 Zuschlag

Der Zuschlag wird unter Berücksichtigung aller Umstände dem wirtschaftlichsten Angebot erteilt. Die Zuschlagserteilung erfolgt schriftlich. Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

6. Eignungsprüfung

Zwecks Beurteilung von Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit hat der Bieter die nachstehend genannten Unterlagen mit dem Angebot zu übersenden:

- Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen (Formblatt 124)
- Referenzliste (Formular Bietererklärung)
- Erklärung KMU gem. Vergabeerlass M-V

7. Vertragsabwicklung

7.1 Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten die Vergabeunterlagen, bestehend aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe, dieser Leistungsbeschreibung, dem Leistungsverzeichnis, dem Angebotsvordruck und den Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen und die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung sowie das Angebot des Auftragnehmers.

Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen und werden nicht Vertragsbestandteil. Das Beifügen oder der Verweis auf die Allgemeinen Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Bieters stellt eine Angebotsänderung dar und führt zwingend zum Ausschluss des Angebotes.

7.2 Leistungserbringung

Die Leistungserbringung kann per Onlinezugriff auf das System des Auftraggebers sowie telefonisch erfolgen, solange der Auftragnehmer die Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung mit seinen Anlagen (Technische und organisatorische Maßnahmen) vorgelegt und unterzeichnet hat.

7.3 Rechnungsstellung

Die Rechnungsstellung erfolgt an

**Amt Carbäk
Moorweg 5
18184 Broderstorf**

8. Sonstige Vertragsbestandteile

8.1 Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Angaben zur Person des Auftraggebers nicht an Dritte weiterzugeben. Als Dritte gelten sämtliche natürliche und juristische Personen, die nicht beim Auftragnehmer beschäftigt sind. Als Dritte gelten insbesondere beauftragte EDV-Dienstleister, Kunden-Kontakt-Zentren, Inkassounternehmen und sonstige Servicedienstleister.

8.2 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die Vertragsparteien werden die unwirksame Bestimmung unverzüglich durch eine solche wirksame ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Gleiches gilt entsprechend bei Vorliegen von Regelungslücken.

9. Ansprechpartner

Fragen zu den Vergabeunterlagen sind elektronisch über das Vergabeportal zu richten an das Amt Carbäk, Frau Katrin Puffpaff-Ebert (Vergabestelle).

Allgemeine Fragen können auch per Telefon (038204/718 44) geklärt werden.

10. Auskunftsfrist

Fragen zur Ausschreibung werden kurzfristig beantwortet. Die Klärung von Fragen hat keinen Einfluss auf gesetzte Termine. Fragen zur Ausschreibung können bis **Montag, den 26.07.2021, 12:00 Uhr**, gestellt werden.

Mögliche Fragen sind an die unter Punkt 9 genannte Ansprechpersonen zu richten. Eventuell sich aus den Fragen ergebende Erläuterungen werden auch den anderen Bewerbern in anonymisierter Form zur Kenntnis gebracht.

11. Angebots- und Bindefrist

Die Angebote sind einzureichen bis **Dienstag, den 27.07.20210, 11:00 Uhr**. Verspätet eingehende Angebote können nicht gewertet werden.

Die Angebote sind **elektronisch über das Vergabeportal oder schriftlich** beim Amt Carbak, Moorweg 5 in 18184 Broderstorf einzureichen.

Die Bindefrist endet am 30.11.2021. Die Entscheidung über die Zuschlagsentscheidung erfolgt am 26.08.2021 in der Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Carbak. Der Bieter hält sich mindestens bis zum Ende der Bindefrist an den Angebotspreis gebunden. Der Auftrag wird nach erfolgter Entscheidung durch den Amtsausschuss des Amtes Carbak schriftlich erteilt. Der Eingang des Auftrages ist dem Auftraggeber gegenüber schriftlich zu bestätigen.

12. Angebotsabgabe

Die Angebote sind bis zum Ende der Angebotsfrist einzureichen. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden gem. § 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO von der Wertung ausgeschlossen.

Bitte vergewissern Sie sich vor Angebotsabgabe, ob alle Formulare und Anlagen vollständig ausgefüllt, unterzeichnet und ggf. mit Firmenstempel versehen sind. Fehlende Unterlagen und fehlende Unterschriften können zum Ausschluss des Angebots nach § 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO führen.

Dem Angebot sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Vollständig ausgefülltes und unterschriebenes Angebotsschreiben (zwingend)
- Vollständig ausgefülltes und unterschriebenes Leistungsverzeichnis (zwingend)
- Anlage 1 – Eigenerklärung (124)
- Anlage 2 – Erklärung KMU
- Anlage 3 – Formular Bieterreignung und Referenzliste
- Anlage 4 – Merkblatt § 9 VgG M-V
- Anlage 5 – Merkblatt § 10 VgG M-V